



Christian Kellermann, Matthias Ecke, Sebastian Petzold

Eine neue Wachstumsstrategie für Europa nach 2010

- Schon vor Ausbruch der Finanzkrise konnte die sogenannte Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung in Europa ihren Zielen nicht gerecht werden. Im Jahr 2010 läuft die Lissabon-Strategie aus, aber bereits jetzt steht ihr Scheitern fest.
- Ein Hauptgrund für das Scheitern der Lissabon-Strategie liegt in den mangelnden Produktivitätszuwächsen der europäischen Wirtschaft, die wiederum eng mit der unterdurchschnittlichen Entwicklung der Kapitalintensität in Europa zusammenhängen.
- Im Rahmen einer neuen europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung wären stärkere Investitionsanreize für eine Erneuerung des Kapitalstocks bei gleichzeitiger Erhöhung der Nachfrage im EU-Binnenmarkt angezeigt. Eine »Post-Lissabon-Strategie« sollte sich dabei an einem Konzept der »sozialen Produktivität« orientieren.

MÄRZ 2009

Inhalt

| | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Europas Wachstumsstrategie geht nicht auf | 3 |
| 2 | Der Streit um die »richtige« Produktivität | 4 |
| 3 | Europas »<i>Underperformance</i>« im Diskurs | 5 |
| 4 | Voraussetzungen für eine neue Wachstumsstrategie | 6 |
| | Literatur | 7 |
| | Abkürzungsverzeichnis | 7 |

1 Europas Wachstumsstrategie geht nicht auf

Vor¹ knapp zehn Jahren verständigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon darauf, Europa bis 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt« (Europäischer Rat 2000: 2) sicherzustellen. »Wissensgesellschaft«, »europäisches Sozialmodell« und »Innovation« waren zunächst die Schlüsselbegriffe dieser Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung. Forschung und Entwicklung sollten genauso gefördert werden wie konkrete Beschäftigungsmaßnahmen.² Auf dem Frühjahrstreffen des EU-Rates am 19. und 20. März 2009 in Brüssel und beim Treffen der nationalen Koordinatoren der Lissabon-Strategie im April diesen Jahres in Prag wird es um die Zukunft des europäischen Wachstums- und Beschäftigungsansatzes nach 2010 gehen. Der Einfluss der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf das europäische Wachstum und die entsprechenden Reaktionen der Union sind dabei von unmittelbarer und kurzfristiger Bedeutung. Ziel der Lissabon-Strategie war jedoch vor allem die langfristige Umsetzung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells.

Es wurde bereits nach der Hälfte der Laufzeit der Lissabon-Strategie deutlich, dass deren Ziele nicht nur nicht erreicht werden, sondern auch der Wille vieler Regierungen fehlt, ihre Anstrengungen entsprechend zu intensivieren: Inhaltlich überfrachtet und konfliktträchtig aufgrund der gesetzten Prioritäten, so der grundlegende Tenor der Mitgliedsstaaten. Zudem sei die Umsetzung im Rahmen des weichen Anpassungs-

instruments der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) gescheitert.³ Bei der Halbzeitüberprüfung im Jahr 2005 wurden schließlich die Ziele und Prioritäten der Lissabon-Strategie reduziert und die Verknüpfung von wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Aspekten gelockert. Die überwiegend konservativ-liberalen Regierungen passten die Lissabon-Strategie ihren Wirtschaftsidealien an und betonten fortan stärker Marktschaffung und Wettbewerb – eine Gesamtstrategie, die primär die Angebotsbedingungen für Unternehmen verbessern sollte.

Nicht erst seit der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise wenden sich die Menschen zunehmend von dieser Strategie und ihren Verfechtern ab. Der stockende Reformprozess der EU ist nur ein Ausdruck der bröckelnden Zustimmung. Armut, soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Chancenungleichheit sind soziale Realität in Europa und zeigen deutlich, dass die Lissabon-Strategie in den entscheidenden Bereichen versagt hat. Somit ist die Strategie in qualitativer Hinsicht als Verknüpfung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele gescheitert; in quantitativer Hinsicht ist das angestrebte Ziel einer Beschäftigungsquote von 70 Prozent um beinahe fünf Prozentpunkte verfehlt worden und die Quote dürfte bis 2010 infolge der Finanzkrise noch weiter fallen.

Progressive Mitte-Links-Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft kämpfen seit Jahren für eine andere Lissabon-Strategie, die Bausteine einer sozial gerechten Marktwirtschaft beinhaltet und innovative Konzepte für ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell entwickelt. Eine solche Strategie für Wachstum und Beschäftigung setzt auf die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit und spielt sie nicht gegeneinander aus. Zentrale Stellschrauben für diese Strategiealternative sind die Produktivitätssteigerung und eine stärkere makroökonomische Koordinierung in Europa.

Für beide Ansatzpunkte – Produktivität und makroökonomische Koordinierung – gibt es im europäischen Diskurs um Wachstum und Beschäftigung unterschiedliche Auslegungen. Während die aktuelle Lissabon-Strategie in der Auslegung der Barroso-

1 Das vorliegende Papier ist das Ergebnis eines Projektes der FES zu einer neuen europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie nach 2010. Dafür wurde von Professor Stefan Collignon zu Beginn des Jahres 2008 ein Gutachten entworfen, das von Experten aus 12 EU-Mitgliedsstaaten kommentiert wurde. Zusätzlich gab es eine Regionalkonferenz in Bukarest zur Diskussion der Sichtweisen der neuen Mitgliedsstaaten. Besonderer Dank gebührt hierfür der Leiterin der FES in Rumänien, Stefanie Moser. Die Autoren danken René Bormann, Michael Dauderstädt, Michael Fischer, Jan Kreutz und Markus Schreyer für ihre wertvollen Kommentare.

2 Zielvorgaben waren ein angestrebtes Wirtschaftswachstum von jährlich drei Prozent; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von jährlich drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis spätestens 2010; eine allgemeine Beschäftigungsrate von 70 Prozent sowie eine Beschäftigungsrate von 60 Prozent für Frauen und 50 Prozent für ältere Erwerbspersonen (ebenfalls bis spätestens 2010).

3 Initiiert im Jahre 2000, orientiert sich die OMK am Verfahren der durch den Vertrag von Amsterdam eingeführten koordinierten Beschäftigungspolitik der Union. Sie ist ein Koordinierungsinstrument gerade für Bereiche außerhalb der EU-Zuständigkeiten. Dabei werden nach der Definition gemeinsamer Ziele (und gemeinsamer Indikatoren) Aktionspläne in den Mitgliedstaaten erstellt, die wiederum vom Rat auf Vorschlag der Kommission evaluiert werden. Aufgabe der OMK ist es neben der Herstellung einer besseren Vergleichbarkeit einzelner Politiken in der Union auch so genannte *Best Practices* aufzufinden, mit dem Ziel eines Wissenstransfers im Rahmen politischer Reformvorschläge.

Christian Kellermann ist Projektleiter für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin. **Matthias Ecke** und **Sebastian Petzold** studieren Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Leipzig.

Kommission versucht, Produktivität durch die Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen zu steigern, betonen Kritiker dieses Ansatzes die Bedeutung der Kapitalintensität für die Arbeitsproduktivität. (Damit sind in erster Linie Investitionen in Arbeitsplätze gemeint, technisch ausgedrückt in der Messgröße »Kapitalmenge pro beschäftigter Person«.) Bei hoher Kapitalintensität ist in der Regel auch die Arbeitsproduktivität hoch. Kritiker der Lissabon-Strategie sind der Auffassung, dass mangelnde Kapitalintensität einer der Hauptgründe für Europas Schwäche in der Arbeitsproduktivität ist (Collignon 2008). Die Europäische Kommission hingegen führt das Scheitern der Lissabon-Strategie primär auf ungenügende strukturelle Reformen wie beispielsweise am Arbeitsmarkt zurück (Europäische Kommission 2007).

Wir gehen im folgenden Abschnitt zunächst näher auf diesen recht technisch ausgetragenen, aber tatsächlich stark politisch aufgeladenen Streit der Verfechter und Kritiker der aktuellen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU ein. Strittig ist primär, was unter der »richtigen« Produktion zu verstehen ist und infolge dessen das Auffinden und Nutzen der geeigneten Stellschrauben einer künftigen Wachstumsstrategie für Europa. In Abschnitt 3 wird vor diesem Hintergrund der Diskurs um Europas »*Underperformance*« im Bereich des Produktivitätswachstums beleuchtet, bevor im abschließenden Abschnitt 4 die notwendigen Voraussetzungen für eine »Post-Lissabon-Strategie« skizziert werden. Ein solcher Wachstums- und Beschäftigungsansatz nach 2010 muss erheblich inklusiver und sozialer gestaltet sein, als dies in den letzten zehn Jahren der Fall gewesen ist, um gleichermaßen effizient und gerecht zu sein.

2 Der Streit um die »richtige« Produktivität

Die Lissabon-Strategie wurde vor fast zehn Jahren mit dem eingangs erwähnten ehrgeizigen Ziel verabschiedet. Zur Erreichung dieses Ziels sollte insbesondere die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten in Europa steigen, die im Vergleich zu den boomenden USA um die Jahrtausendwende in Rückstand geriet. In einer Zeit, in der die Menschen immer älter werden und immer weniger Beschäftigte immer mehr Rentner versorgen müssen, bestimmt die Produktivität der einzelnen Arbeitsstunde wesentlich den Gesamtwohlstand. Die Arbeitsproduktivität ist die Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung in der EU. Steigende Reallöhne und sicher finanzierte Sozialversicherungssysteme lassen sich langfristig nur dann erreichen, wenn die Produktivität der Beschäftigten steigt. Pro-

duktive Arbeit ist folglich das Fundament des europäischen Sozialmodells.

Die Produktivitätsentwicklung in der EU ist seit dem Gipfel von Lissabon allerdings enttäuschend verlaufen und maßgeblich verantwortlich für das Scheitern der gleichnamigen Strategie. Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen in der EU (einige Länder erzielen hohe Produktivitätszuwächse, andere sehr geringe oder sogar Rückgänge) ist das allgemeine Niveau des Produktivitätswachstums hinter dem der USA zurückgeblieben. Seit Mitte der 90er Jahre vergrößert sich angesichts der Produktivität die Lücke zwischen den USA und Europa, wobei die Werte innerhalb der Eurozone besonders schlecht sind (Collignon 2008: 12; Europäische Kommission 2007: 25). Eine aktuelle Studie des Conference Board im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigt diese Entwicklung auch im Blick auf die jüngste Vergangenheit (Zusammenfassung in: Bormann et al. 2009).

Das hat unterschiedliche Ursachen. Folgt man der gängigen Lehre, so ist wirtschaftliches Wachstum auf den Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit (Menge und Effizienz) zurückzuführen. Steigt die Beschäftigung an, so erhöht sich das Gesamtwachstum, aber nicht zwangsläufig das Pro-Kopf-Wachstum. Dieses steigt in erster Linie infolge einer höheren Arbeitsproduktivität, welche unter anderem vom eingesetzten Kapital pro Beschäftigtem abhängt. Dazu bedarf es höherer Investitionen in den sogenannten »Kapitalstock«, der alle Kapitalgüter wie Maschinen, Anlagen, Fabrikhallen etc. umfasst. Die Arbeitsproduktivität ist somit eine entscheidende Stellschraube für Wachstum. Berechnet werden kann die Arbeitsproduktivität als Produkt von Multifaktorproduktivität (MFP) und Kapitalintensität. Dabei misst MFP die effiziente Verwendung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.⁴ Die Multifaktorproduktivität erfasst alles,

4 Die Debatte um die Multifaktorproduktivität geht auf die ökonomische Erkenntnis zurück, dass sich das gesamte Wirtschaftswachstum nicht auf den ermittelten Anteil seiner Bestandteile reduzieren lässt. So konnte mit den klassischen Modellen ein Großteil des Wachstums nicht auf den Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zurückgeführt werden. Der Differenzbetrag zwischen dem gesamten Wirtschaftswachstum und dem Beitrag der Produktionsfaktoren ist damit zunächst einmal eine Restgröße, die nach ihrem Entdecker als »Solow-Residuum« oder eben als Multifaktorproduktivität bezeichnet wird (Solow 1957). In der neoklassischen Wachstumstheorie hat die MFP eine besondere Bedeutung, da diese Theorie davon ausgeht, dass langfristig die Erhöhung der Produktion pro Beschäftigtem nur gelingen kann, wenn sich durch technische Entwicklung bei gleich bleibendem Einsatz von Kapital und Arbeit ein höheres Einkommen erwirtschaften lässt. Die Vorteile einer Erhöhung der Kapitalintensität seien demnach begrenzt. So steigt die Produktivität eines Arbeiters stark an, wenn er statt

was die Beziehungen zwischen Inputs und Outputs verändert. Dazu gehören der technische Fortschritt, die Organisationseffizienz, aber auch soziale Institutionen und regulative Politiken wie Rechts- und Vertragssicherheit, effektive und unbestechliche Bürokratien sowie Offenheit für Handel (Hall/Jones 1999). Häufig wird daher versucht, die Multifaktorproduktivität durch Strukturreformen zu erhöhen.

Während »Multifaktorproduktivität« die Qualität des Faktoreinsatzes (Kapital und Arbeit) bezeichnet, beschreibt »Kapitalintensität« die Menge des Kapitals im Verhältnis zum Einsatz des Faktors Arbeit. Die Kapitalintensität nimmt also mit besseren Maschinen, Computern, Fahrzeugen zu und macht den Arbeitsplatz produktiver. Die Arbeitsproduktivität ist somit in der Regel umso höher, je kapitalintensiver eine Volkswirtschaft produziert und je innovativer und fortschrittlicher die eingesetzten Technologien sind. Hierin liegt der Grundstein zu einer Wachstums- und Beschäftigungsstrategie jenseits der momentanen Lissabon-Agenda. Denn wenn nicht nur die Arbeitsproduktivität in der EU wachsen soll, sondern auch die Beschäftigung, dann muss der Kapitalstock schneller wachsen als die Kapitalintensität. Daher ist auch das Beschäftigungswachstum abhängig von der Investitionshöhe. Daraus folgt, dass die Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in der EU nur unter der Voraussetzung einer dynamischen Kapitalakkumulation erfolgen kann, was vor allem Investitionen in neue Produktionstechnik und Nachfragestimulation bedeutet. Strukturreformen alleine sind dafür nicht ausreichend.

3 Europas »Underperformance« im Diskurs

Die Verfechter der Lissabon-Strategie halten deren Zielsetzungen für richtig und erklären den bisher ausbleibenden Erfolg mit der zu zögerlichen Implementation entsprechender Strukturreformen. So sei das geringe Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in der EU vor allem bedingt durch eine Innovationschwäche (Sapir 2003: 28 f.). Die Ursache für den wachsenden Produktivitätsrückstand der EU gegenüber den USA sei folglich im unzureichenden technischen Fortschritt zu suchen. Besonders der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), der in den USA auch ein hohes Produktivitätswachstum anderer Sek-

toren bedingt, entwickle sich in der EU zu schwach. Dies wirke sich negativ auf das MFP-Wachstum aus. Außerhalb des IKT-Sektors seien Produktivitätszuwächse kaum vorhanden (van Ark 2005: 192 f.). Zudem wird dem Dienstleistungssektor ein Teil der schwachen Produktivitätsentwicklung in der EU angelastet (Besch/Zimmermann 2006; Bormann et al. 2009). Natürlich thematisiert auch die Europäische Kommission das zu geringe Produktivitätswachstum. Dabei sieht sie durchaus den Zusammenhang zwischen einer Ausweitung der Beschäftigung im niedrigproduktiven Segment und dem Rückgang der Arbeitsproduktivität, betrachtet dies aber als einen nachrangigen und mittelfristigen Zielkonflikt (Europäische Kommission 2007: 103). Die Europäische Kommission konzentriert sich vielmehr auf Probleme in bestimmten Sektoren. Unflexible Märkte, mangelnder Wettbewerb und korporatistische Institutionen sind aus ihrem Blickwinkel für das schwache Produktivitätswachstum verantwortlich. Die Lissabon-Strategie scheitert folglich nicht an ihren Rezepten, sondern an deren mangelnder Umsetzung.

Als Strukturreformen, die zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität führen könnten, gelten die Neuordnung des Kündigungsschutzes, die Senkung der Lohnkosten, die Erhöhung der Arbeitsanreize und der Anreize zum Aufbau von »Humankapital«, eine Reform des Wettbewerbsrechts, Reformen im Verbraucherschutz, der Abbau von Markteintritts- und -austrittsschranken sowie eine Förderung der Gütermarktintegration (Besch/Zimmermann 2006: 81). Damit konzentrieren sich die Unterstützer dieser Auslegung der Lissabon-Strategie größtenteils auf mikroökonomischen Reformbedarf. Ihre Forderungen stehen im Wesentlichen im Einklang mit der aktuellen Lissabon-Strategie und gehen oft noch darüber hinaus. Es gibt für sie somit keinen Grund zu einer Kurskorrektur, stattdessen sollten die Zielsetzungen der Strategie in den Mitgliedsstaaten lediglich entschlossener durchgesetzt werden.

Kritiker der Lissabon-Strategie führen das unbefriedigende Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in der EU hingegen auf die mangelhafte Kapitalintensität, den geringen Kapitaleinsatz pro Beschäftigten, zurück. Tendenzen zur Lohnzurückhaltung und Deregulierung der Arbeitsmärkte hätten Arbeit im Vergleich zu Kapital derart verbilligt, dass der Investitionsdruck für Unternehmen entsprechend gesunken sei. Gleichzeitig seien Investitionen in den Kapitalstock aufgrund relativ hoher Zinsen und gesunkener Absatzerwartungen im Binnenmarkt verhältnismäßig unrentabel geworden. Daraus folge das bislang schwache Wachstum der Arbeitsproduktivität (Collignon 2008: 16 f.).

Die niedrigen Wachstums- und Beschäftigungsra-

einer zwei Maschinen bedient. Bedient er jedoch zehn statt neun Maschinen, wird sein Arbeitsplatz nur geringfügig produktiver. Dies wird als »abnehmende Grenzproduktivität des Kapitals« bezeichnet.

ten der EU sind nach dieser Ansicht nicht in erster Linie ein Ergebnis unflexibler Märkte, sondern primär das einer unterdurchschnittlichen Kapitalrendite von »realen« Investitionen. Schuld daran sei nicht zuletzt die in den meisten EU-Mitgliedsstaaten verfolgte angebotsseitige Wirtschaftspolitik, die die Nachfragesituation vernachlässige (Alexiou/Pitelis 2003). Dazu komme eine Reihe von institutionellen Hindernissen, die eine notwendige makroökonomische Koordination in der EU erschweren. Die Lissabon-Strategie setze somit an den falschen Stellschrauben an und wirke sogar kontraproduktiv.

Es wird folglich ein Mix aus öffentlichen Bildungsausgaben, Forschungspolitik sowie einer stärker koordinierten europäischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik favorisiert (Collignon 2008). Europäische Wirtschaftspolitik sollte das gesamtwirtschaftliche Umfeld stabilisieren, externe Schocks abmildern und langfristige Investitionsperspektiven schaffen. Reguläre Arbeitsverhältnisse, angemessene Lohnentwicklung und Binnenkonsum stehen in einem engen Kausalgefüge. Koordinierte politische Maßnahmen und ein beschäftigungsförderndes Zinsniveau sollten für ein positives Investitionsklima sorgen. Solche Vorschläge zielen auf eine wirtschaftspolitische Unterstützung des technischen Fortschritts und die Verbesserungen von Akkumulationsbedingungen des Kapitalstocks. Investitionsfreundliche Geldpolitik, öffentliche Investitionen und eine nachfragesteigernde Einkommenspolitik der Tarifparteien sollten demnach die Innovationsförderung ergänzen.

4 Voraussetzungen für eine neue Wachstumsstrategie

Letztlich ist unbestritten, dass Reformen zur Erhöhung von Wachstum und Produktivität sowohl auf eine effiziente Allokation der Produktionsfaktoren (MFP) als auch auf eine Produktivitätssteigerung durch eine Erhöhung des Kapitalstocks und in der Folge der Kapitalintensität zielen müssen. Somit wird die grundsätzliche Stoßrichtung der Lissabon-Strategie zur Förderung einer wissensbasierten Wirtschaft kaum kontrovers diskutiert. Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung (F&E) und ein innovationsfreundliches Patentrecht sind überwiegend konsensfähig. Daneben könnte eine solche Strategie den Aufbau eines Wachstums- und Kohäsionsfonds und den (qualitativen) Ausbau des Globalisierungsfonds vorsehen. Diese Fonds könnten als Eigenmittel der EU kurzfristig für die regionale Entwicklung genutzt werden, um (externe) Schocks zu kompensieren und so langfristige Sicherheit und ein investitionsfreundliches

Umfeld zu schaffen. Wachstumsdefekte, die auf Unterauslastung und Kapitalmangel beruhen, können zudem nur durch eine kohärente Kooperation der wirtschaftspolitischen Akteure behoben werden (Collignon 2008: 21 f.).

Zentrale Stellschraube einer gemeinsamen Strategie ist eine engere lohnpolitische Koordinierung in Orientierung an Preissteigerung und Produktivität, um eine effektive europäische Binnennachfrage zu schaffen. Produktivität wiederum müsste in Kategorien einer »sozialen Produktivität« verstanden werden, bei der die Steigerung der Qualität von Arbeit, der Einbezug von externen Kosten (z. B. Umweltbelastungen) und nachhaltiger Verbrauch im Zentrum stehen. Soziale Produktivität ist damit die Voraussetzung für eine echte Wohlstandsmehrung jenseits monetärer und rechnerischer Stellgrößen, durch welche das Ideal einer innovativen Wettbewerbsfähigkeit mit einem sozial gerechten und nachhaltigen Gesellschaftsmodell vereinbart wird. Sie impliziert vor allem eine gesamtwirtschaftlich relevante Verteilung, mittels derer Produktivitätsgewinne gerecht an die Beschäftigten verteilt werden, wodurch wiederum die Nachfrage und somit die Kapitalrendite von produktivitätssteigernden Investitionen erhöht werden.

Die Offene Methode der Koordinierung als Instrument ist gescheitert, weil sie keine wirksamen Kontrollmechanismen für die gemeinsamen Ziele festlegte. Sie lädt in ihrer jetzigen Form geradezu dazu ein, europäische Zielvorgaben unter nationalen Interessen zu subsumieren und Politik je nach Sachlage zu machen. Ohne einen festen und verbindlichen Koordinierungsmodus kann es aber nicht gelingen, ein makroökonomisches Management europaweit zum Erfolg zu bringen. Eine fortschrittliche Wachstumspolitik muss mit einem neuen Modus der Kooperation kombiniert werden, ist sogar auf ihn angewiesen.

Eine »Post-Lissabon-Strategie« ist keine völlige Abkehr von der bisherigen Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission, sondern baut auf den vorhandenen Strukturen, Institutionen und Mechanismen der EU auf. Zentral ist dabei die Verbindung des stärkeren Koordinationsansatzes bei Erhaltung nationaler Gestaltungsmöglichkeiten, um die Zustimmung der Mitgliedsstaaten zu erhalten. Darüber hinaus ist prinzipiell eine demokratischere Gesamtstruktur der Europäischen Union einschließlich einer Europäischen Wirtschaftsregierung notwendig, um langfristig eine stärkere Umverteilungs- und Förderungsrolle auf EU-Ebene zu ermöglichen.

Literatur

- Alexiou, Constantinos/ Pitelis, Christos (2003): On capital shortages and European unemployment: a panel data investigation. In: *Journal of Post Keynesian Economics* 25:4, 613–640.
- Besch, Rudolf/Zimmermann, Guido (2006): Die Ursachen der transatlantischen Produktivitätswachstumsunterschiede. In: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 55:1, 70–91.
- Bormann, René/ Dauderstädt, Michael/ Fischer, Michael/ Schreyer, Markus (2009, i. E.): Wohlstand durch Produktivität. Deutschland im internationalen Vergleich. Ergebnisse einer Studie des Conference Board im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Collignon, Stefan (2008): Forward with Europe. Which Way to a Post-Lisbon Consensus? Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung.
- Europäische Kommission (2007): The EU economy: 2007 review. Moving Europe's productivity frontier. DG ECOFIN, Brüssel. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication10130_en.pdf
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Lissabon, 23. und 24. März 2000.
- Hall, Robert E./ Jones, Charles I. (1999): Why Do Some Countries Produce So Much More Output Per Worker Than Others? In: *The Quarterly Journal of Economics* 114:1, 83–116.
- Sapir, André (2003): An Agenda for a Growing Europe. Making the EU Economic System Deliver. Report of an Independent High-Level Study Group established on the initiative of the President of the European Commission. Brüssel, Juli 2003. <http://www.euractiv.com/ndbtext/innovation/sapirreport.pdf>
- Solow, Robert M. (1957): Technical Change and the Aggregate Production Function. In: *The Review of Economics and Statistics* 39:3, 312–320.
- van Ark, Bart (2005): Europe's Productivity Gap: Catching Up or Getting Stuck? In: Banque de France (Hrsg.): *International Symposium on Productivity, Competitiveness and Globalisation*. Paris: Banque de France. 187–203. http://www.banque-france.fr/gb/publications/telechar/seminaires/nov_2005/session1b.pdf

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-----|---|
| BIP | Bruttoinlandprodukt |
| F&E | Forschung und Entwicklung |
| IKT | Informations- und Kommunikationstechnik |
| MFP | Multifaktorproduktivität |
| OMK | Offene Methode der Koordinierung |



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-059-4

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.